Rede von Stadtverordnetenvorsteher Dr. Obermayr
zum Gedenken an die Reichspogromnacht
09.11.2026

Sehr geehrter Herr Dr. Gutmark,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Jüdischen Gemeinde,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

in den frühen Morgenstunden des 10. Novembers 1938, also in dieser Nacht vor 88 Jahren, wurde die Synagoge, die an diesem Platz stand, von den Nationalsozialisten in Brand gesetzt. Nicht nur hier, sondern im ganzen Land tobte die Gewalt: Um die 1.400 Synagogen, Betstuben und sonstige Versammlungsräume jüdischer Menschen sowie tausende Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe wurden gestürmt und zerstört.

Was sich im Zeitraum zwischen dem 7. und 13. November im Deutschen Reich ereignete, was das Ergebnis eines Befehlsplans der NS-Führung. Sämtliche jüdische Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Uniform zu zerstören. Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken, jüdische Symbole sind sicherzustellen. Die Feuerwehr darf nicht eingreifen, so ein Befehl.

Die Novemberpogrome 1938 bildeten eine neue Dimension des staatlichen Antisemitismus‘, und sie dokumentieren den vorläufigen Höhepunkt der barbarischen Existenzbedrohung für die Juden im ganzen Deutschen Reich.

Sie sollten die seit Frühjahr 1938 begonnene gesetzliche „Arisierung“, also die Enteignung jüdischen Besitzes und jüdischer Unternehmen, planmäßig beschleunigen. Ab dem 10. November wurden mindestens 30.000 Juden verhaftet und in Konzentrationslager verbracht. Hunderte starben an den Folgen der mörderischen Haftbedingungen oder wurden ermordet.

Die Pogrome markieren den Übergang von der Diskriminierung der deutschen Juden ab 1933 über die Vertreibung und Unterdrückung bis hin zur systematischen Deportation und Vernichtung, die drei Jahre später einsetzte und die wir als Holocaust bezeichnen. Das staatlich organisierte Menschheitsverbrechen, das von deutschem Boden ausging, kostete

rd. 6 Millionen Jüdinnen und Juden das Leben und bereitete ihnen einen meist qualvollen Weg in den Tod.

In jedem Jahr treffen wir uns hier am Michelsberg, um der jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns zu gedenken. An diesem Ort stand einst eine prachtvolle Synagoge, die das Zentrum des jüdischen Lebens in Wiesbaden bildete.

Die vielen Handelsgeschäfte und Gewerbetreibenden, die Industriellen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jüdischen Glaubens waren in das Leben dieser Stadt integriert. Sie bekannten sich zu dieser Stadt, die für viele ihre Heimat war.

An all das erinnern wir jedes Jahr, an jedem 9. November. Und wir sollten dieses Erinnern nicht nur auf den Brand von Synagogen und andere Einrichtungen reduzieren, sondern auch die Menschen einbeziehen, die ab dem November 1938 systematisch Opfer des ungehemmten Staatsterrors der Nationalsozialisten und ihrer breiten Anhängerschaft wurden.

Judenfeindlichkeit, gar Judenhass, ist in unserem Land wieder sichtbarer denn je. Der 7. Oktober 2023 bildete eine Zäsur. Denn an diesem Tag tötete die palästinensische Terrororganisation Hamas in Israel so viele Jüdinnen und Juden, wie seit dem Holocaust nicht mehr. Die barbarische Gewalt der Extremisten richtete sich auch gegen Frauen und Kinder, die Verschleppungen sind der Beleg für das grausame Vorgehen der Terroristen.

Mit diesem Angriff auf das jüdische Volk Israels ist ein neuer Krieg im Nahen Osten entfacht. Die Folge waren hohe Verluste der Bevölkerung im Gaza-Streifen, zerstörte Städte und Menschen ohne ein Zuhause.

Die Täterin, und das will ich hier klar sagen, war die Terrororganisation Hamas. Der Angriff vom 7. Oktober 2023 war und ist durch nichts zu rechtfertigen.

Doch dieser Krieg und das harte Durchgreifen des israelischen Militärs hat neue Ressentiments gegenüber Jüdinnen und Juden geschaffen. Im Mai hat der Zentralrat der Juden ein Lagebild herausgegeben, das zu dem Schluss kommt, dass die Solidarität mit Juden in Deutschland weiter abnehme.

Nach dem explosionsartigen Anstieg des Antisemitismus nach dem Terrorakt der Hamas am 7. Oktober 2023 habe sich eine neue Normalität herausgebildet, in der jüdische Gemeinden permanent geschützt werden müssten und der Antisemitismus ein Teil des öffentlichen Raums geworden sei.

Die Recherchestelle RIAS meldete, dass die Zahl der bekanntgewordenen antisemitischen Vorfälle im letzten Jahr auf einen neuen Höchststand kletterte. Durchschnittlich waren es 24 Fälle pro Tag. Dass es nicht noch mehr Fälle sind, ist wohl dem Verhalten der Jüdinnen und Juden zu verdanken, sei es an Universitäten und Hochschulen, in den Schulen und im Alltagsleben: Sie verzichten auf das Tragen ihrer Kippa oder anderer Symbole, um nicht aufzufallen, und meiden Orte und Veranstaltungen, an denen sie sich nicht sicher fühlen können.

Ein Leben in einer freien Gesellschaft, das von Furcht und Vorsicht bestimmt ist, darf nicht zur neuen Normalität werden. Das Grundrecht auf die Unverletzlichkeit der Würde eines jeden Einzelnen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, gelten für alle Menschen, die in unserem Land leben. Für mich ist es nicht zu ertragen, dass gerade gegenüber Jüdinnen und Juden diese Rechte nicht gelten sollen.

Am 23. Mai 1949 wurde die bundesdeutsche Verfassung in Kraft gesetzt, die das Konzept der Unantastbarkeit der Menschenwürde und deren Schutz in Artikel 1 der Grundrechte aufnahm. Unsere werteorientierten Grundrechte und die Grundordnung unserer freiheitlichen Demokratie sind das Fundament für unser gemeinsames Zusammenleben.

Und so ist es unsere zentrale Pflicht, Judenhass und Judenfeindlichkeit mit aller Entschiedenheit in unserem Land und in unserer Stadt entgegenzutreten. Und um auch dies klar zu sagen: Kritik an der Politik einer israelischen Regierung muss immer möglich sein. Sie ist durch das Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt. Dieser Diskurs wird auch in anderen Ländern geführt, und auch in Israel sind die politischen Positionen keineswegs eindeutig; der Ausgang der Parlamentswahl ist dafür ein Beleg.

Diese Kontroversen dürfen jedoch nicht dazu führen, die Gräueltaten der den Gazastreifen beherrschenden Hamas zu relativieren. Wer ohne eigene politische Legitimation die Integrität der Grenzen des Staates Israels leugnet oder in Frage stellt, wer die territoriale

Integrität verletzt und unschuldige Menschen tötet, entführt und misshandelt, der muss das Recht auf Selbstverteidigung einkalkulieren. Aber war es nicht genau das Kalkül der Terroristen, das palästinensische Volk gegen Jüdinnen und Juden aufzubringen? Hat nicht die Hamas selbst den größten Anteil für die Lage der Menschen in der Region und für die politische Instabilität? Ich meine ja - und ich sehe die große Gefahr, dass sich die Radikalisierung auf unser Land ausweitet.

Antisemitisches Denken, Reden und Agitieren finden wir in nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus. Besonders im Internet trifft der israelbezogene Antisemitismus auf eine große Reichweite. Soziale Medien, Algorithmen und die Anonymität des Netzes bieten keine Basis für eine differenzierte Auseinandersetzung.

Stattdessen schlägt diese Kritik um in platten Judenhass - und das bereits unter Jugendlichen. Auch der Judenhass, der bei einigen der unter uns lebenden Muslime anzutreffen ist, darf nicht verschwiegen werden. Auch hier gilt: Dieser Hass darf nicht dazu führen, dass die hier lebenden Jüdinnen und Juden sich unsicher und bedroht fühlen. Die Sicherheitsmaßnahmen des heutigen Progromgedenkens sind doch der Beleg für die aktuelle Bedrohungslage auf jüdisches Leben in dieser Stadt. Auch das ist die neue Normalität, mit der ich mich nicht abfinden kann.

Einen nicht unerheblichen Anteil an dieser Entwicklung haben extremistische Geisteshaltungen im politischen Raum, am rechten Rand, aktuell aber auch wieder vermehrt im linken Spektrum. Die aktuelle Debatte über Antisemitismus in Berlin geht weit über die klassische Kapitalismuskritik hinaus. Im vorpolitischen Raum eines Linken-Milieus sind die Anti-Israel-Positionen längst etabliert. Dass nun eine einzelne gewählte Mandatsträgerin im Wahlkampf das Existenzrecht Israels infrage stellte, zeigt auch hier eine neue Realität. Mich besorgt nicht die Aussage und die Haltung einer einzelnen Linken-Politikerin, mich besorgen die hohen Zustimmungswerte aus ihrem Wahlbezirk, in diesem Fall Neukölln.

Mich erfüllt es ebenso mit großer Besorgnis, wenn Vertreter des völkisch-nationalen Flügels der Rechten Sitze in den Parlamenten des Landes einnehmen. Antisemitismus herrscht, das wissen wir, am politischen linken und rechten Rand vor. Aber machen wir uns nichts vor: Verharmlosungen und Relativierungen sind auch fern der politischen Ränder wahrnehmbar. Der Gewöhnungseffekt an Terrorregime und die Geschichtsvergessenheit tragen dazu bei,

dass viele Menschen schweigen, sei es aus Ohnmacht oder aus Desinteresse. Diesen Tendenzen müssen wir in aller Entschiedenheit entgegentreten.

Ich sehe mit großer Sorge, dass politische Parteien erstarken, die auf die komplexen Probleme unserer Gegenwart mit einfachen Rezepten reagieren, Fakten nicht achten und mit bloßen Stimmungen Politik machen. Zu erkennen sind dabei Mechanismen und Wirkungsweisen, die unser Land im letzten Jahrhundert in den Abgrund geführt haben. Solche Strömungen zu bekämpfen, ist eine der wichtigsten Lehren aus den Novemberpogromen des Jahres 1938.

Wir wollen religiöse und kulturelle Vielfalt. Wir wollen den Menschen Schutz geben, die aufgrund ihres Glaubens und ihrer Religionszugehörigkeit Repressalien zu befürchten haben. Wir sollten nie wieder Täter sein. Auch deshalb tragen wir Deutsche eine besondere Verantwortung für den Schutz jüdischen Lebens hier vor Ort.

Zu dieser Verantwortung gehört ganz wesentlich das mahnende Erinnern. Weil die Menschen, die die Gräuel von damals noch selbst erlebten, immer weniger werden, müssen wir die Erfahrungen der Zeitzeugen mehr und mehr durch aussagekräftige Rituale und Symbole des Gedenkens ersetzen. Deshalb danke ich Ihnen, dass Sie heute Abend gekommen sind. Ihre Anwesenheit ist ein starkes Signal der Solidarität mit den in Wiesbaden lebenden Jüdinnen und Juden, mit den Vertretern der jüdischen Gemeinde.

Es spricht hieraus auch Ihre Haltung, für die Menschenwürde und die Religionsfreiheit einzutreten. Deshalb freue ich mich – wie in jedem Jahr – über die Anwesenheit der Repräsentantinnen und Repräsentanten der christlichen Kirchen, ich bedanke mich für die Teilnahme der Vertreter des Landes Hessen und natürlich heiße ich alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, für die ich hier sprechen darf, willkommen.

Auch die Anwesenheit von Oberbürgermeister Mende, dem dieses Gedenken ein großes Anliegen ist, sowie der Mitglieder des Magistrats möchte ich hier nennen. Sie alle stehen für eine lebendige Gedenkkultur, sie kennen die aktuellen Herausforderungen und wir lösen sie gemeinsam, soweit es in unserer Macht steht.

Häufig wird uns die Frage gestellt, ob das Gedenken überhaupt etwas bringt. Dient es nicht vielleicht sogar dazu, dass wir uns moralisch besser fühlen? Ich sage: Zum Gedenken und zur Entstehung von Gedenkstätten gibt es keine Alternative. Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und den Novemberprogromen braucht einen festen Ort, einen festen Raum und einen konkreten Tag. Wenn es gelingt, Menschen dorthin zu bewegen, junge Menschen, Schulen und ihre Lehrkräfte einzubinden, entsteht daraus eine lebendige Gedenkkultur, eine Kultur der Aussöhnung und des Miteinanders.

Das Progromgedenken fördert die historische Bildung, und es stärkt die gesellschaftliche Veranwortung für die Gegenwart und die Zukunft.
Denn: Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus sind zu keinem Zeitpunkt in der Bevölkerung gänzlich verschwunden. Hinzu tritt der Islamismus, der eine weitere Bedrohung für eine freiheitlich demokratische Grundordnung darstellt.

Jüngstes Beispiel ist das Austauschen der Bundesflagge und das Anbringen der Palästina-Flagge vor dem Deutschen Bundestag durch eine Propalästinensische Aktivistengruppe am gestrigen Tag. Innenminister Dobrindt bezeichnet das Vorgehen der Aktivisten als Respektlosigkeit gegenüber einem Symbol der deutschen Einheit. Ich ergänze: Das Anbringen der Palästina-Flagge in diesen Tagen ist eine Respektlosigkeit gegenüber den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden. Mit solchen Aktionen zeigt sich die wahre Radikalisierung auf deutschem Boden und in unseren Städten. Nicht nur der Ton in den Parlamenten wird - links wie rechts - radikaler, sondern die staatliche Ordnung auf öffentlichen Plätzen und bei Versammlungen gerät durch eine zunehmend anarchistische Gewalt unter Druck.

Aber lassen Sie uns auf das Positive blicken:

Die Entstehung dieser Gedenkstätte am Michelsberg geht auf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2006 zurück. Wo früher Autos über eine Hochbrücke fuhren, entstand ein Gedenkort, der den Wiesbadener Opfern des Nationalsozialismus einen Namen gibt. Die Gedenkstätte ist offen, durchlässig und erinnert an den einstigen Synagogenbau in seinem Grundriss. Mehr als 1.500 Namen ermordeter Jüdinnen und Juden sind dauerhaft an der Wand lesbar. Hinter jedem Namen steht ein individuelles Schicksal und ein Leidensweg, der im Tod endete. Auch an sie erinnern wir heute.

Im Mai wurde die Gedenkstätte „Unter den Eichen“ wiedereröffnet. Das Ausstellungskonzept wurde umgestaltet, um das Geschehen anhand von Einzelschicksalen zu erzählen. Dadurch entsteht Nähe, das Geschehen wird als Wirklichkeit erfahrbar. Das wird besonders jungen Menschen helfen, sich mit der immer ferner werdenden Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Stadtarchivs sehr für diese anschauliche Vermittlung von Geschichte.

Und da wären die Stolpersteine, die in besonderer Weise an die Auslöschung jüdischen Lebens aus Wohnungen und Häusern erinnern. Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig, das im Jahr 1992 begann. Die im Boden verlegten kleinen Gedenktafeln, sogenannte Stolpersteine, erinnern an das Schicksal der Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus. An Jüdinnen und Juden, die verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. Die Stolpersteine werden meist vor den letzten frei gewählten Wohnhäusern der NS-Opfer niveaugleich in das Pflaster bzw. den Belag des jeweiligen Gehwegs eingelassen. Gunter Demnig wurde in diesem Jahr mit dem Hessischen Verfassungspreis, der von Frau Landtagspräsidentin Astrid Wallmann erstmals vergeben wurde, ausgezeichnet.

Auch die Stolpersteine geben den Opfern ihren Namen und ihren Ort zurück. Dank der tatkräftigen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden in Deutschland bislang mehr als 100.000 Stolpersteine verlegt. Sie gelten heute als das größte dezentrale Mahnmal der Welt. Hier in Wiesbaden ist es das Aktive Museum Spiegelgasse, in dem Ehrenamtliche zusammen mit dem Stadtarchiv Wiesbaden die einzelnen Schicksale aufarbeiten und regelmäßige Verlegungen im gesamten Stadtraum durchführen. Nicht selten besuchen die Nachkommen aus diesem Anlass Wiesbaden und informieren sich über die Lebensverhältnisse ihrer Vorfahren. Nicht selten lernen sich weit verzweigt lebende Familienangehörige anlässlich der Pflastersteinverlegung hier näher kennen.

Mit diesen Gedenkhandlungen zeigen wir Respekt vor den Opfern und ihren Angehörigen. Das Gedenkkonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden ist Ausdruck einer inneren Überzeugung. Es wird getragen von den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtarchivs und natürlich auch von den vielen Ehrenamtlichen der Arbeitsgruppe Geschichte und Erinnerung des Aktiven Museums.

Gerade jetzt ist das notwendig. Es muss deutlich werden: Antisemitismus und Rassismus sind kein stillschweigender Konsens in Deutschland. Es braucht und es gibt Menschen, die eine ganz andere Haltung an den Tag legen, die bereit sind, für die Werte von Toleranz und Mitmenschlichkeit einzutreten, die Tabubrüche nicht dulden und Diskriminierungen klar benennen.

Ich bin dankbar, dass die Jüdische Gemeinde am 9. September dieses Jahres, den sechzigsten Jahrestag der Eröffnung ihrer Synagoge in der Friedrichstraße feiern konnte. Ohnehin ist die jüdische Gemeinde mit Dr. Gutmark und Steve Landau eine aktive Gemeinde, die sich auf unkonventionelle Weise im Ehrenamt in das Wiesbadener Stadtleben einbringt. Ich denke an die alljährliche Veranstaltungsreihe „Tarbut – Zeit für jüdische Kultur“, die im Jahr 2020 mit dem Kulturpreis der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgezeichnet wurde. Ich denke aber auch an zahlreiche andere Projekte, mit den sie das soziale Leben in Wiesbaden bereichert haben. Vielen Dank dafür!

Auch diesmal ist wieder eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Carl-von-Ossietzky-Schule unter uns. Ich heiße alle, selbstverständlich auch ihren Lehrer, besonders herzlich willkommen. Denn die Erinnerung an die Gräuel des NS-Regimes muss durch junge Menschen weitergetragen werden. Damit Geschichte nicht abstrakt bleibt, kann der Besuch von Gedenkorten, auch hier in unserer Stadt, ein wichtiger Bestandteil sein.

Auch der Vergleich der damaligen politischen Propaganda mit dem heutzutage auftretenden Populismus kann Denkmuster und Methoden manipulativer Einflussnahme aufdecken. Dadurch können Schülerinnen und Schüler gerade bei der Nutzung von sozialen Medien Verschwörungserzählungen und extremistische Inhalte kritisch hinterfragen.

Dass sich die Lehrkräfte an unseren Schulen täglich darum bemühen, verdient höchste Anerkennung. Denn das Wissen um historische Zusammenhänge und die Fähigkeit zum kritischen Denken bilden die Grundlagen für ein eigenständiges Urteil. Historische und politische Bildung liefern die Argumente, die notwendig sind, um Populisten, Verschwörungserzählern und Holocaust-Leugnern entgegenzutreten. Für unsere Demokratie ist das überlebenswichtig.

Sehr geehrte Vertreter der jüdischen Gemeinde. Die Landeshauptstadt Wiesbaden steht fest an Ihrer Seite. Wir gemeinsam machen vieles, um aus unserer Geschichte zu lernen. Die großen Herausforderungen stehen uns noch bevor. Umso wichtiger ist es, regelmäßig einander zu begegnen, einander zu erinnern und gemeinsam Kraft für die Bewältigung neuer Herausforderungen zu schöpfen. Für Antisemitismus ist in Wiesbaden kein Raum. Etwas anderes werden wir nicht zulassen. Wir leben Vielfalt in unserer Stadt, aber stets im gegenseitigen Respekt. Dafür steht unsere Stadtpolitik.

Wir verneigen uns in Demut vor den Opfern, vor denen, die der Shoah entkommen konnten, und vor all ihren Nachkommen.

Shalom.